

Grossratsgeschäfts-Nummer: 20 / GE 15 / 263
Rechtsbuch-Nummer: 725.1 / 741.1
Departement: DBU

2. Bericht der Kommission zur Vorberatung der Änderung des Gesetzes über Strassen und Wege (StrWG); Ergänzung zum Bericht der vorberatenden Kommission vom 6. Juli 2022: Berichtigung der Fassung der vorberatenden Kommission bezüglich § 15 und § 16 SVAG

Präsident: Eschenmoser Hans, Meisterlandwirt, Weinfeldern

Mitglieder: Arnold Josef, Unternehmer, Uttwil
Bär Rudolf, dipl. Badmeister, Kreuzlingen (Austritt aus dem Rat per 5. Oktober 2022)
Bétrisey Karin, dipl. Ing. ETH, Raumplanerin, Kesswil
Eugster Franz, Sekundarlehrer, Bischofszell
Gemperle Josef, Meisterlandwirt, Fischingen
Hasler-Roost Cornelia, Marketing- und Kommunikationsfachfrau, Aadorf
Keller Heinz, Gemeindepräsident, Krادolf
Koch Paul, Revierförster, Oberneunforn
Macedo Gabriel, Stadtpräsident, Amriswil
Pagnoncini Christina Larissa, Gemeindepräsidentin, Alterswilen
Scherrer Egon, Meisterlandwirt, Egnach
Weilenmann Simon, Landwirt, Basadingen
Wiesmann Schätzle Sonja, Gemeindepräsidentin, Wigoltingen
Zbinden Ruedi, Gemeindepräsident, Mettlen

Beobachter: Schenk Peter, Unternehmer, Zihlschlacht

Mitwirkende Vertreter des Departements

Regierungsrat Dominik Diezi, Chef DBU
Marco Sacchetti, Generalsekretär DBU
Cristina Mendes, juristische Sachbearbeiterin DBU

Die Kommission zur Vorberatung der Änderung des Gesetzes über Strassen und Wege behandelte die bereinigte Vorlage im Zirkularverfahren.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Kommission

- ist mit 14:0 Stimmen, bei keiner Enthaltung für Eintreten
- hat im Zirkularverfahren der vom DBU korrigierten Fassung der vorberatenden Kommission bezüglich § 15 und § 16 SVAG zugestimmt.

Die Kommission beantragt dem Grossen Rat mit 13 Ja zu 0 Nein und 1 Enthaltung, der vorliegenden bereinigten Fassung bezüglich § 15 und § 16 SVAG zuzustimmen.

Ausgangslage

Die Durchsicht der Fassung der vorberatenden Kommission, der Fassung des Grossen Rates und der Fassung der Gesetzgebungs- und Redaktionskommission hat ergeben, dass sich im Rahmen der Vorberatungen ein Fehler im Gesetz eingeschlichen hat. Konkret geht es um die Aufhebung von § 15 Abs. 2 und § 16 des Gesetzes über die Strassenverkehrsabgaben (SVAG; RB 741.1). Dies war nie so vorgesehen. Vielmehr hätte lediglich die Änderung von § 16 SVAG aus der Revisionsvorlage gestrichen werden und § 16 SVAG unverändert weiter gelten sollen. Die Aufhebung von § 15 Abs. 2 SVAG stand nie zur Diskussion.

Aus diesem Grund und mit dem Einverständnis des Präsidenten der vorberatenden Kommission, des Präsidenten der Gesetzgebungs- und Redaktionskommission und des betroffenen Departementes für Bau und Umwelt (DBU) hat der Grosse Rat an seiner Sitzung vom 3. Oktober 2022 beschlossen, die Redaktionslesung und Schlussabstimmung über die Änderung des Gesetzes über Strassen und Wege (StrWG; RB 725.1) gemäss Traktandum Ziff. 4 der Tagesordnung Nr. 44 des Grossen Rats auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

a) Entwurf des Regierungsrats

Der Entwurf des Regierungsrats sah folgende Änderung von § 15 Abs. 1 und § 16 SVAG vor:

§ 15 Abs. 1 (geändert)

¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen

1. (neu) 19.8 % an alle Gemeinden,
2. (neu) 5.2 % an die Gemeinden gemäss Tabelle im Anhang, und
3. (neu) der Rest geht an den Kanton

§ 16 Abs. 1 (geändert), Abs. 1^{bis} (neu), Abs. 1^{ter} (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

¹ Die Verteilung der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 1 an alle Gemeinden erfolgt durch den Kanton und berechnet sich auf der Basis der Einnahmen aus dem Vorjahr je hälftig nach der Einwohnerzahl als Sockelbeitrag und nach der Gemeindefläche als Beitrag an besondere Strassenlasten.

3/6

^{1bis} Die Verteilung des Sockelbeitrages erfolgt proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres gemäss kantonaler Statistik.

^{1ter} Die Beiträge an besondere Strassenlasten ermitteln sich nach der Gemeindefläche gemäss kantonaler Statistik.

² Die Verteilung der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 2 an die Gemeinden erfolgt durch den Kanton gemäss Verteilungsschlüssel im Anhang.

³ *Aufgehoben.*

Die ursprünglich vom Regierungsrat vorgeschlagene Änderung von § 16 SVAG ist in der Synopse, die mit der Botschaft an den Grossen Rat versandt wurde, nachvollziehbar.

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrates
<p>§ 16 Verteilung des Gemeindeanteils</p> <p>¹ Die Verteilung der Mittel an die Gemeinden erfolgt durch den Kanton und berechnet sich auf der Basis der Einnahmen aus dem Vorjahr je hälftig nach der Einwohnerzahl als Sockelbeitrag und nach der Gemeindefläche als Beitrag an besondere Strassenlasten.</p> <p>² Die Verteilung des Sockelbeitrages erfolgt proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres gemäss kantonaler Statistik.</p> <p>³ Die Beiträge an besondere Strassenlasten ermitteln sich nach der Gemeindefläche gemäss kantonaler Statistik.</p>	<p>¹ Die Verteilung der Mittel <u>gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 1 an die</u> Gemeinden erfolgt durch den Kanton und berechnet sich auf der Basis der Einnahmen aus dem Vorjahr je hälftig nach der Einwohnerzahl als Sockelbeitrag und nach der Gemeindefläche als Beitrag an besondere Strassenlasten.</p> <p>^{1bis} Die Verteilung des Sockelbeitrages erfolgt proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres gemäss kantonaler Statistik.</p> <p>^{1ter} Die Beiträge an besondere Strassenlasten ermitteln sich nach der Gemeindefläche gemäss kantonaler Statistik.</p> <p>² Die Verteilung <u>des Sockelbeitrages der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 2 an die Gemeinden</u> erfolgt proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres durch den Kanton gemäss kantonaler Statistik <u>Verteilungsschlüssel im Anhang.</u></p> <p>³ <i>Aufgehoben.</i></p>

b) Kommissionsberatungen

Anlässlich der Eintretensdebatte und der Beratung vom 7. März 2022 hat die vorbereitende Kommission im Wesentlichen die in der Vorlage des Regierungsrats vorgeschlagene Bereinigung des Netzes der Kantonsstrassen abgelehnt und § 57 E-StrWG gestrichen (vgl. Protokoll der 1. Sitzung vom 7. März 2022, S. 25). Gemeint war damit eine vollständige Streichung oder Anpassung der mit der Netzbereinigung in Zusammenhang stehenden Bestimmungen, namentlich:

- § 57a, Überführung von Strassen in Gemeindeflächen
- § 57b, Zweckbindung, Sonderbeiträge
- § 57c, Netz der Kantonsstrassen Anhang 1: Strassenabschnitte, die in die Netze und das Eigentum der Gemeinden übergehen mit zugehörigen Abgeltungen des Kantons
- Anhang 2: Netz der Kantonsstrassen
- Änderung von § 15 Abs. 1 SVAG
- Änderung von § 16 SVAG

Die Umsetzung dieses Beschlusses der vorbereitenden Kommission wurde im Bericht des DBU vom 1. April 2022 zuhanden der vorbereitenden Kommission zu den Anträgen aus der 1. Sitzung vom 7. März 2022 dokumentiert. Unter anderem wurde die mit der Vorlage des Regierungsrats vorgeschlagene Änderung von § 15 Abs. 1 SVAG überarbeitet und der Wortlaut von § 15 Abs. 1 SVAG dahingehend angepasst, als vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern nach Abzug der Bezugsaufwendungen neu 23 % an die Gemeinden gehen, der Rest an den Kanton. Die gemäss der Vorlage des Regierungsrats

vorgeschlagene Änderung von § 16 SVAG wurde verworfen. Aus dem diesem Bericht des DBU vom 1. April 2022 beigelegten Gesetzestext, in dem die sich aus dem Beschluss der Kommission resultierenden Anpassungen gelb markiert sind, ergibt sich bezüglich der hier interessierenden § 15 und § 16 SVAG Folgendes:

§ 15 Abs. 1 (geändert)

¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen 23 % an die Gemeinden, der Rest an den Kanton.

1. (neu) 19.8 % an alle Gemeinden,
2. (neu) 5.2 % an die Gemeinden gemäss Tabelle im Anhang, und
3. (neu) der Rest geht an den Kanton

§ 16 Abs. 1 (geändert), Abs. 1^{bis} (neu), Abs. 1^{ter} (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

¹ Die Verteilung der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 1 an alle Gemeinden erfolgt durch den Kanton und berechnet sich auf der Basis der Einnahmen aus dem Vorjahr je Häufig nach der Einwohnerzahl als Sockelbeitrag und nach der Gemeindefläche als Beitrag an besondere Strassenlasten.

^{1bis} Die Verteilung des Sockelbeitrages erfolgt proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres gemäss kantonaler Statistik.

^{1ter} Die Beiträge an besondere Strassenlasten ermitteln sich nach der Gemeindefläche gemäss kantonaler Statistik.

² Die Verteilung der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 2 an die Gemeinden erfolgt durch den Kanton gemäss Verteilschlüssel im Anhang.

³ Aufgehoben.

Anlässlich der 2. Sitzung der vorberatenden Kommission bzw. der 1. Lesung legte die damalige Departementschefin einleitend Folgendes dar: *Wir hatten betreffend Verkehrsabgaben eine individuelle Erhöhung vorgesehen, für jene Gemeinden, welche Strassen übernehmen würden. Diese fällt nun gänzlich weg. Die allen Gemeinden zu Gute kommende generelle Erhöhung haben wir neu berechnet. Dies wieder mit dem Ziel, dass der Kanton seine Aufgaben auch über die nächsten Jahrzehnte hinaus erfüllen kann. Dabei haben wir festgestellt, dass neu eine Erhöhung um 8 %, also von 15 % auf 23 % vertretbar ist. Dies entspricht einer Erhöhung um 53 %. Trotzdem ist es wichtig, in 10 Jahren die Entwicklung wieder neu zu überprüfen. Auch den Vorschlag aus der Kommission, neu allein die Strassenlänge als Verteilschlüssel für den Gemeindeanteil an den Verkehrssteuern festzulegen haben wir geprüft und empfehlen, darauf zu verzichten. Da wir nun am Strassennetz keine Änderungen vornehmen, bleibt auch das Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben fast unberührt.* (vgl. Protokoll der 2. Sitzung vom 25. April 2022, S. 2 f.).

In der Folge wurde der dem Bericht des DBU vom 1. April 2022 beigelegte Gesetzestext mit den gelben Markierungen beraten (vgl. Protokoll der 2. Sitzung vom 25. April 2022, S. 2). Zu § 15 und § 16 SVAG gab es keine Wortmeldungen (vgl. Protokoll der 2. Sitzung vom 25. April 2022, S. 33).

Anlässlich der 3. Sitzung der vorberatenden Kommission vom 11. Mai 2022 wurde einzig über den Antrag diskutiert, § 15 Abs. 1 SVAG dahingehend zu ändern, dass vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern nach Abzug der Bezugsaufwendungen 30 % (anstatt der

vorgeschlagenen 23 %) an die Gemeinden gehen sollten. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt (vgl. Protokoll der 3. Sitzung vom 11. Mai 2022, S. 6 ff. und S. 13). Andere Wortmeldungen zu § 15 und/oder § 16 SVAG erfolgten auch in der 2. Lesung nicht.

c) Fazit

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass eine Aufhebung von § 15 Abs. 2 SVAG, wonach der Abzug für die Bezugsaufwendungen 1 % des Bruttoertrags beträgt, nie Gegenstand der Vorlage des Regierungsrates war, nicht Bestandteil des Berichts des DBU vom 1. April 2022 oder des diesem Bericht beigelegten Gesetzestextes mit den gelb markierten Änderungen bildete und an den Sitzungen der vorberatenden Kommission zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion stand.

Bezüglich § 16 SVAG bestand die Absicht einzig darin, die gemäss Vorlage des Regierungsrats vorgeschlagene Änderung dieser Bestimmung zu verwerfen und die geltende Bestimmung von § 16 Abs. 1 bis 3 SVAG dementsprechend unverändert zu belassen. Die Aufhebung des geltenden § 16 SVAG betreffend Verteilung des Gemeindeanteils stand denn auch nie zur Diskussion. Mit der Aufhebung von § 16 SVAG würde die erforderliche gesetzliche Grundlage für die Verteilung des Gemeindeanteils entfallen, was klar nicht dem Willen der vorberatenden Kommission entspricht.

Dennoch wurde in der Schlussabstimmung der vorberatenden Kommission fälschlicherweise folgende Änderung von § 15 und § 16 SVAG beschlossen:

§ 15 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)

¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen 23 % an die Gemeinden, der Rest an den Kanton.

² *Aufgehoben.*

§ 16

Aufgehoben.

Der Umstand, dass sowohl die Fassung der vorberatenden Kommission und in der Folge auch die Fassung des Grossen Rates und die Fassung der Gesetzgebungs- und Redaktionskommission die Aufhebung von § 15 Abs. 2 und § 16 SVAG beinhalten, ist auf ein Versehen bei der Übertragung des Beschlusses der vorberatenden Kommission ins System zurückzuführen, das von allen Beteiligten im weiteren Verlauf bedauerlicherweise unbemerkt blieb.

Dieses offenkundige Versehen gilt es zu korrigieren und lediglich die Änderung von § 15 Abs. 1 wie folgt zu beschliessen:

§ 15 Abs. 1 (geändert)

¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen 23 % an die Gemeinden, der Rest an den Kanton.

6/6

Eintreten

Das Geschäft wurde im Zirkularverfahren abgewickelt. Eintreten war einstimmig und somit unbestritten.

Detailberatung

Das Geschäft wurde im Zirkularverfahren abgewickelt. Das DBU hat den Übertragungsfehler betreffend § 15 und § 16 SVAG berichtet. In der korrigierten Synopse Entwurf RR – Fassung der vorberatenden Kommission ist ersichtlich, was die vorberatende Kommission bezüglich § 15 und § 16 SVAG gegenüber dem vorgeschlagenen Entwurf des Regierungsrates (Botschaft des Regierungsrates vom 17. Januar 2022) beschlossen hat. § 15 und § 16 SVAG in dieser korrigierten Fassung der vorberatenden Kommission bilden somit die Grundlage für die 1. und 2. Lesung im Plenum des Grossen Rates. In den übrigen Teilen des StrWG, inkl. SVAG, hat der Grosse Rat die 1. und 2. Lesung bereits abgeschlossen. Darauf ist nicht zurückzukommen. Lediglich der Vollständigkeit und Übersichtlichkeit halber wird die integrale Fassung der vorberatenden Kommission sowie die integrale Synopse Entwurf RR – Fassung der vorberatenden Kommission diesem 2. Bericht ebenfalls beigelegt.

Schlussabstimmung

Die Kommission hat im Zirkularverfahren Folgendes entschieden:

Auf der Grundlage der berichtigten Fassung der vorberatenden Kommission bezüglich § 15 und § 16 SVAG wird dem Grossen Rat beantragt, auf diese beiden korrigierten Bestimmungen einzutreten und der damit einhergehenden Änderung des SVAG zuzustimmen. **Diesen Entscheid hat die Kommission mit 13 Ja, 0 Nein, bei 1 Enthaltung und bei 1 Abwesenheit gefällt.**

Weinfelden, 5. Dezember 2022

Der Kommissionspräsident

Hans Eschenmoser

Beilagen:

- Korrigierte Fassung der vorberatenden Kommission, Teil SVAG (§ 15 und § 16)
- Korrigierte Synopse Entwurf RR – Fassung der vorberatenden Kommission bezüglich § 15 und § 16 SVAG
- Integrale Fassung der vorberatenden Kommission (Kenntnisnahme)
- Integrale Synopse Entwurf RR – Fassung der vorberatenden Kommission (Kenntnisnahme)

Änderung des Gesetzes über Strassen und Wege (StrWG)

vom ...

I.

Der Erlass RB 725.1 (Gesetz über Strassen und Wege [StrWG] vom 14. September 1992) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

Siehe Fassung der vorberatenden Kommission vom 6. Juli 2022. Die 1. und 2. Lesung im Grossen Rat sind bereits erfolgt.

II.

Der Erlass RB 741.1 (Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben [SVAG] vom 16. August 2006) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 1: Siehe Fassung der vorberatenden Kommission vom 6. Juli 2022. Die 1. und 2. Lesung im Grossen Rat sind bereits erfolgt.

§ 15 Abs. 1 (geändert)

¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen 23 % an die Gemeinden, der Rest an den Kanton.

Titel nach § 17: Siehe Fassung der vorberatenden Kommission vom 6. Juli 2022. Die 1. und 2. Lesung im Grossen Rat sind bereits erfolgt.

§ 19-§ 21: Siehe Fassung der vorberatenden Kommission vom 6. Juli 2022. Die 1. und 2. Lesung im Grossen Rat sind bereits erfolgt.

III.

(keine Aufhebungen bisherigen Rechts)

IV.

Diese Änderung tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.

Synopse

Gesetz über Strassen und Wege (StrWG), Teilrevision: Korrektur Teil SVAG (§ 15 und § 16)

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (RB Nummern)

Neu: –

Geändert: **725.1** | 741.1

Aufgehoben: –

Entwurf des Regierungsrates	Korrigierte Fassung der vorberatenden Kommission, Teil SVAG (§ 15 und § 16)
	II.
	Der Erlass RB 741.1 (Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben [SVAG] vom 16. August 2006) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:
<p>§ 15 Grundsatz</p> <p>¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen</p> <ol style="list-style-type: none">1. 19.8 % an alle Gemeinden,2. 5.2 % an die Gemeinden gemäss Tabelle im Anhang, und3. der Rest geht an den Kanton	<p>¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen <u>23 % an die Gemeinden, der Rest an den Kanton.</u></p> <ol style="list-style-type: none">1. <i>Gelöscht.</i>2. <i>Gelöscht.</i>3. <i>Gelöscht.</i>
<p>§ 16 Verteilung des Gemeindeanteils</p> <p>¹ Die Verteilung der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 1 an alle Gemeinden erfolgt durch den Kanton und berechnet sich auf der Basis der Einnahmen aus dem Vorjahr je hälftig nach der Einwohnerzahl als Sockelbeitrag und nach der Gemeindefläche als Beitrag an besondere Strassenlasten.</p> <p>^{1bis} Die Verteilung des Sockelbeitrages erfolgt proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres gemäss kantonaler Statistik.</p>	<p>§ 16</p> <p>¹ Die Verteilung der Mittel <u>an die Gemeinden</u> erfolgt durch den Kanton und berechnet sich auf der Basis der Einnahmen aus dem Vorjahr je hälftig nach der Einwohnerzahl als Sockelbeitrag und nach der Gemeindefläche als Beitrag an besondere Strassenlasten.</p> <p>^{1bis} <i>Gelöscht.</i></p>

Entwurf des Regierungsrates	Korrigierte Fassung der vorberatenden Kommission, Teil SVAG (§ 15 und § 16)
<p>^{1ter} Die Beiträge an besondere Strassenlasten ermitteln sich nach der Gemeindefläche gemäss kantonalen Statistik.</p> <p>² Die Verteilung der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 2 an die Gemeinden erfolgt durch den Kanton gemäss Verteilschlüssel im Anhang.</p> <p>³ ...</p>	<p>^{1ter} <i>Gelöscht.</i></p> <p>² Die Verteilung <u>des Sockelbeitrages erfolgt proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres gemäss kantonalen Statistik.</u></p> <p>³ <u>Die Beiträge an besondere Strassenlasten ermitteln sich nach der Gemeindefläche gemäss kantonalen Statistik.</u></p>
Anhänge	
Anhang Tabelle im Anhang	<i>gelöscht</i>
	III.
	<i>(keine Aufhebungen bisherigen Rechts)</i>
	IV.
	Diese Änderung tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.

Änderung des Gesetzes über Strassen und Wege (StrWG)

vom ...

I.

Der Erlass RB 725.1 (Gesetz über Strassen und Wege [StrWG] vom 14. September 1992) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (aufgehoben)

¹ Dieses Gesetz gilt für die öffentlichen Strassen und Wege des Kantons sowie der Politischen Gemeinden und regelt den Vollzug des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege (FWG)¹⁾.

² Für die Flur- und Waldstrassen bleiben die Vorschriften des Gesetzes über Flur und Garten²⁾ und des Waldgesetzes³⁾ vorbehalten.

³ Privatstrassen und -wege gelten als Anlagen im Sinne des Planungs- und Baugesetzes (PBG)⁴⁾ und unterstehen im Übrigen dem Privatrecht.

⁴ Aufgehoben.

§ 2 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Zur Strasse oder zum Weg gehören alle Flächen, Bauten oder Anlagen, die dem bestimmungsgemässen Gebrauch und dem Schutz der Umgebung dienen, namentlich:

1. (neu) Fahrbahnen, Trottoirs, Ausweichstellen, Wartehäuschen, Haltebuchten für den öffentlichen und privaten Verkehr, Parkbuchten
2. (neu) verkehrstechnische Anlagen wie Lichtsignal-, Verkehrsüberwachungs-, Verkehrslenkungs- und Verkehrsdatenerfassungsanlagen
3. (neu) sämtliche Bauten und Anlagen inner- und ausserhalb des Strassengrundstücks, die der technischen Ausgestaltung, ihrem Bestand, Unterhalt sowie dem Schutz der Strassen und Wege und des Verkehrs dienen, insbesondere Kunstbauten, Strassenentwässerungsanlagen, Bankette, Böschungen, deren Bewirtschaftung dem Anstösser nicht zugemutet werden kann
4. (neu) Beleuchtungen, Signale, Markierungen, Verkehrsspiegel, bauliche Anlagen zur Verkehrsberuhigung, stationäre verkehrspolizeiliche Kontrollanlagen, Bepflanzungen
5. (neu) Massnahmen nach der Gesetzgebung über den Umweltschutz, soweit sie an der Strasse umgesetzt werden

¹⁾ SR 704

²⁾ RB 913.1

³⁾ RB 921.1

⁴⁾ RB 700

² Wo das Gesetz zwischen Strassen und Wegen innerorts und ausserorts unterscheidet, gilt das Gebiet in der Bauzone als innerorts gelegen.

§ 3 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

¹ *Aufgehoben.*

² Inhalt, Verfahren und Wirkung der Planung richten sich nach dem PBG und dem Bundesgesetz über die Raumplanung¹⁾.

³ *Aufgehoben.*

§ 4 Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu)

² Bei der Gestaltung des Strassenraums übernimmt der Kanton eine Vorbildfunktion hinsichtlich Einbettung der Bauten und Anlagen in die Landschaft und das Siedlungsbild.

³ Soweit erforderlich, stimmen Kanton und Gemeinden Planung, Bau und Unterhalt ihrer Strassen und Wege aufeinander ab.

§ 4a (neu)

Elektronische Daten

¹ Der Austausch elektronischer Daten zwischen Behörden des Kantons und der Gemeinden sowie der Bezug elektronischer Daten durch Private richten sich nach der Gesetzgebung über Geoinformation.

Titel nach § 4a (geändert)

2. Strassen- und Wegnetze

§ 5 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

Netz der Kantonsstrassen und -wege (Überschrift geändert)

¹ Der Kanton plant, baut und betreibt das Netz der Kantonsstrassen und -wege nach Massgabe dieses Gesetzes.

² Das Netz der Kantonsstrassen ist im Anhang festgelegt und umfasst:

1. *(neu)* Als Klasse 1: die Strassenverbindungen von kantonaler Bedeutung und jene Strassen, die für einen effizienten und bedarfsgerechten Anschluss der Politischen Gemeinden an diese Verbindungen erforderlich sind
2. *(neu)* Als Klasse 2: Strassenverbindungen, die keine Funktion nach Abs. 2 Ziff. 1 erfüllen

³ Das Netz der Kantonswege umfasst die Fuss-, Wander- und Radwegverbindungen von nationaler, kantonaler oder überregionaler Bedeutung.

¹⁾ SR 700

§ 5a (neu)

Netzbeschlüsse des Kantons

¹ Der Grosse Rat beschliesst über die Erweiterung oder Verkleinerung des Netzes der Kantonsstrassen unter Vorbehalt von Abs. 4 Ziff. 1.

² Beschlüsse des Grossen Rates über die Erweiterung des Netzes durch neu zu erstellende Kantonsstrassen unterliegen der fakultativen Volksabstimmung, soweit sie nicht nur Umfahrungen einzelner Ortschaften betreffen.

³ Der Regierungsrat beschliesst das Netz der Kantonswege sowie dessen Erweiterung oder Verkleinerung. Er bildet das Netz im kantonalen Richtplan ab.

⁴ Das zuständige Departement ist ermächtigt,

1. Kantonsstrassen der Klasse 2 durch Vereinbarungen mit den betroffenen Gemeinden abzutreten
2. Rechtskräftige Änderungen am Netz der Kantonsstrassen im Anhang nachzutragen.

§ 6 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu)

Netz der Gemeindestrassen und -wege (Überschrift geändert)

¹ Die Gemeinde plant, baut und betreibt das Netz der Gemeindestrassen und -wege nach Massgabe dieses Gesetzes.

² Das Netz der Gemeindestrassen und -wege umfasst die Strassenverbindungen von lokaler Bedeutung und jene Strassen und Wege, die zur Erfüllung der Erschliessungspflicht der Gemeinden nach dem PBG erforderlich sind.

³ Die Gemeinde beschliesst das Netz der Gemeindestrassen und -wege sowie über dessen Erweiterung oder Verkleinerung.

⁴ Die Gemeinde kann die Befugnis nach Abs. 3 ganz oder zum Teil der Gemeindebehörde übertragen.

§ 7

Aufgehoben.

§ 8 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (geändert)

Verzeichnis (Überschrift geändert)

¹ *Aufgehoben.*

² *Aufgehoben.*

³ Kanton und Gemeinden führen ein öffentlich einsehbares Verzeichnis der ihrem Netz zugehörigen Strassen und Wege.

§ 9

Aufgehoben.

§ 10

Aufgehoben.

§ 11 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)

¹ Strassen oder Wege sind aufzuheben und aus den Netzen der Gemeinden oder des Kantons zu entlassen, wenn sie nicht mehr notwendig sind.

² Vor dem Beschluss der Aufhebung ist ein Aufhebungsprojekt nach § 21 öffentlich aufzulegen.

³ Verlieren Grundstücke durch die Aufhebung von Strassen oder Wegen den notwendigen Zugang, sind im Aufhebungsprojekt Massnahmen für den rechtsgenügli-chen Anschluss an das öffentliche Netz aufzunehmen.

⁴ Sind Fuss- oder Wanderwege gemäss Art. 7 FWG zu ersetzen, ist der Verursacher ersatzpflichtig.

§ 12 Abs. 1

¹ Unter Bau sind zu verstehen:

1. *(geändert)* der Neubau, der Ausbau, die Redimensionierung, die wesentliche Änderung der Oberfläche und die Korrektur bzw. die Änderung der Linienführung von Strassen oder Wegen sowie die Aufhebung von Strassen und Wegen nach § 11;
4. *(geändert)* die Erstellung und Modernisierung von Anlagen zum Betrieb, namentlich zur Beleuchtung oder Entwässerung von Strassen oder Wegen usw.;

§ 13 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

² Anordnungen nach Abs. 1 sind endgültig. Die Entscheide sind öffentlich bekannt zu machen.

³ Die in Art. 106 und Art. 107 der Signalisationsverordnung (SSV)¹⁾ vorgesehenen Rechtsmittel sind vorbehalten.

§ 15 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

Kantonsstrassen und -wege (Überschrift geändert)

¹ Über den Bau von Kantonsstrassen und -wegen sowie über die Freigabe der erforderlichen Mittel aus der Spezialfinanzierung gemäss § 29 entscheidet der Grosse Rat unter Vorbehalt von § 27 Abs. 3 mit dem Budget abschliessend. Vorhaben von besonderer Bedeutung können ihm separat unterbreitet werden.

² Über nicht vorgesehene kleine Vorhaben kann das Departement im Rahmen des Budgets entscheiden.

³ Über die Sanierung von Strassen aufgrund der Gesetzgebung über den Umweltschutz entscheidet der Regierungsrat im Rahmen des Budgets.

¹⁾ SR 741.21

§ 16

Gemeindestrassen und -wege (Überschrift geändert)

§ 17 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)

¹ Zur vorsorglichen Freihaltung des Raumes für den Bau von Kantonsstrassen oder -wegen kann der Regierungsrat Projektierungszonen festlegen.

² Projektierungszonen werden mit der Veröffentlichung im kantonalen Amtsblatt wirksam und enden mit der Rechtskraft des Projekts, spätestens aber fünf Jahre nach ihrer Bekanntgabe. Aus wichtigen Gründen kann diese Frist um höchstens zwei Jahre verlängert werden.

³ Die Pläne sind durch die betreffenden Gemeinden während 20 Tagen öffentlich aufzulegen. Die Auflage ist den betroffenen Eigentümern schriftlich mitzuteilen. Während der Auflagefrist kann beim Departement Einsprache erhoben werden.

⁴ Innerhalb der Projektierungszonen sind Veränderungen baulicher Art nur mit Bewilligung des Departementes gestattet; die Bewilligung wird erteilt, wenn der Strassen- oder Wegbau nicht erschwert, verteuert oder beeinträchtigt wird.

§ 18 Abs. 1 (geändert)

¹ Für neue Strassen oder Wege des Kantons gemäss kantonalem Richtplan und für in Aussicht stehende Ausbau- oder Korrektionsvorhaben kann der Regierungsrat im Rahmen des Landkreditkontos gemäss § 17 des Gesetzes über den Finanzhaushalt (FHG)¹⁾ vorsorglich Land erwerben.

Titel nach § 18 (geändert)

3.3. Projektierung

§ 19 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

Zuständigkeit Kanton (Überschrift geändert)

¹ Das Departement projektiert den Bau von Kantonsstrassen und -wegen. Die Gemeindebehörden der betroffenen Gemeinden sind frühzeitig einzubeziehen.

² Ausbauwünsche der Gemeinden oder Dritter können berücksichtigt werden, wenn die Interessen des Kantons gewahrt bleiben und die Übernahme der Mehrkosten gesichert ist.

³ *Aufgehoben.*

¹⁾ RB 611.1

§ 19a (neu)

Zuständigkeit Gemeinde

¹ Die Gemeindebehörde projiziert den Bau von Gemeindestrassen und -wegen. Kanton und Nachbargemeinden sind frühzeitig einzubeziehen, soweit sie betroffen sind.

§ 20 Abs. 2 (geändert)

² Für Kantonsstrassen und -wege kann der Regierungsrat eine Landumlegung anordnen. Das Umlegungsverfahren richtet sich sinngemäss nach § 53 und § 54 PBG.

§ 21 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)

¹ Die Gemeindebehörde legt die Projekte während 20 Tagen öffentlich auf. Sie teilt die Auflage den betroffenen Grundeigentümern schriftlich mit und macht bei Strassen und Wegen deren Lage während der Auflage im Gelände sichtbar.

³ Bewirkt die Gutheissung von Einsprachen erhebliche Änderungen des aufgelegten Projekts, ist das Auflageverfahren zu wiederholen.

⁴ Auf die öffentliche Auflage kann verzichtet werden bei kleinen oder unbedeutenden Projekten für:

1. (neu) Beleuchtungsanlagen
2. (neu) Rückhaltesysteme
3. (neu) Entwässerungsanlagen
4. (neu) bauliche Massnahmen zur Verkehrsberuhigung oder -lenkung

§ 22 Abs. 1 (geändert)

Verhältnis zu Sondernutzungsplänen (Überschrift geändert)

¹ Ist die Lage einer Strasse oder eines Weges, der Ausbaustandard oder die Funktion durch einen Sondernutzungsplan oder eine kantonale Nutzungszone festgelegt, kann davon im Projekt nur insoweit abgewichen werden, als der Plan in den wesentlichen Zügen nicht geändert wird.

§ 23 Abs. 2 (geändert)

² Als baulicher Unterhalt gelten alle Massnahmen zur Erhaltung der Strassen oder Wege sowie alle notwendigen Anpassungen bei anstossenden Liegenschaften. Dazu gehören insbesondere die Behebung grösserer Schäden einschliesslich Elementarschäden, die Erneuerung der Deck- und Binderschichten, der Entwässerungsanlagen, der Beleuchtung, der Kunstbauten und der verkehrstechnischen Anlagen.

§ 24 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Kantonsstrassen und -wege werden vorbehältlich von Abs. 2 und Abs. 3 durch den Kanton, Gemeindestrassen und -wege durch die Gemeinde unterhalten.

² Der betriebliche Unterhalt von Lärmschutzwänden, Beleuchtungen, Trottoirs, Parknischen, Radwegen und dergleichen sowie der Bepflanzungen von Verkehrsin-seln und -kreisel ist innerorts Sache der Gemeinde.

³ Führen Kantons- oder Gemeindewege über Parzellen Dritter, wird der Unterhalt durch die Gemeinde durchgeführt.

§ 26 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)

¹ Der Kanton trägt grundsätzlich die Kosten für Bau und Unterhalt der Kantonsstrassen und -wege. Vorbehalten bleiben § 24 Abs. 2 und Abs. 3 sowie § 27.

² *Aufgehoben.*

§ 26b (neu)

Beiträge des Kantons

¹ Ist der Kanton mit Infrastrukturprojekten an der Umsetzung von Agglomerationsprogrammen beteiligt, kann er im Rahmen des Budgets Beiträge bis 20 % an die Kosten von Massnahmen anderer am Agglomerationsprogramm beteiligten Körperschaften leisten, sofern damit die Wirksamkeit der kantonalen Massnahmen verbessert werden kann.

² Der Kanton leistet Beiträge bis zu 50 % an die Kosten des baulichen Unterhalts der Kantonswege nach § 24 Abs. 3.

§ 27 Abs. 1 (geändert), Abs. 4 (neu)

¹ Die Gemeinden haben sich an den Kosten für den Bau von Kantonsstrassen und -wegen mit Beiträgen bis zu 50 Prozent zu beteiligen, soweit es sich um Ortsumfahrungen oder Strecken innerorts handelt. Das Departement legt die Höhe der Beiträge fest. Es berücksichtigt dabei:

Aufzählung unverändert.

⁴ Für Vorhaben von besonderer kantonalen Bedeutung kann der Grosse Rat mit dem Netzbeschluss nach § 5a Abs. 1 auf Gemeindebeiträge verzichten oder Gemeindebeiträge von höchstens 5 % festlegen.

§ 29 Abs. 1, Abs. 3 (geändert)

¹ Der Kanton führt eine Spezialfinanzierung insbesondere für:

3. (geändert) den Landerwerb gemäss § 20
6. (geändert) die Beiträge des Kantons gemäss § 26a und § 26b;
8. (geändert) die Beiträge an private Organisationen gemäss § 50 Abs. 2
9. (neu) die Kennzeichnung der Kantonswege

³ Der Grosse Rat kann mit dem Budget allgemeine Mittel in die Spezialfinanzierung einlegen, wenn aufgrund unvorhergesehener Ereignisse oder für die Finanzierung von im Netz der Kantonsstrassen enthaltenen Grossprojekten die Einnahmen gemäss Abs. 2 den Aufwand mittelfristig nicht decken.

§ 31 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Gemeinden tragen unter Vorbehalt von § 43 PBG die Kosten für den Bau und Unterhalt der Gemeindestrassen und -wege.

§ 32 Abs. 3 (neu)

³ Über die Beitrags- und Beseitigungspflicht gemäss Abs. 2 entscheidet bei Kantonsstrassen und -wegen das Departement und bei Gemeindestrassen und -wegen die Gemeindebehörde.

§ 34 Abs. 1 (geändert), Abs. 2, Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (neu)

¹ Der gesteigerte Gemeingebrauch von Kantonsstrassen und -wegen bedarf der Bewilligung des Kantons, derjenige von Gemeindestrassen und -wegen einer Bewilligung der Gemeindebehörde. Kanton und Gemeinden können über den gegenseitigen gesteigerten Gemeingebrauch ihrer Strassen und Wege Vereinbarungen treffen.

² Eine Bewilligung ist insbesondere nötig für:

4. (geändert) Kanalisation, Werkleitungen oder Kabel;
5. (neu) vorübergehendes Anbringen von Erdankern.

³ Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Verkehrssicherheit gewährleistet ist und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen. Die Bewilligung kann befristet und mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

⁴ Für gesteigerten Gemeingebrauch können Gebühren erhoben werden. Bei Kantonsstrassen und -wegen legt der Regierungsrat die Ansätze fest, bei Gemeindestrassen und -wegen die Gemeindebehörde.

⁵ Die Gemeinden können das Parkieren von Fahrzeugen auf Strassen und Wegen einschliesslich solchen des Kantons durch Reglement der Bewilligungs- und der Gebührenpflicht unterstellen.

§ 35 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (neu)

¹ Die Sondernutzung von Kantonsstrassen und -wegen sowie von Gemeindestrassen und -wegen bedarf einer Konzession.

³ Konzessionsbehörde ist bei Kantonsstrassen und -wegen das Departement, bei Gemeindestrassen und -wegen die Gemeindebehörde.

⁴ Auf Erteilung einer Konzession besteht kein Rechtsanspruch. Sie kann erteilt werden, sofern dafür ein Bedürfnis ausgewiesen ist und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen. Sie wird befristet und kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden.

⁵ Für Sondernutzungen können Gebühren erhoben werden. Bei Kantonsstrassen und -wegen legt der Regierungsrat die Ansätze fest, bei Gemeindestrassen und -wegen die Gemeindebehörde.

§ 35a (neu)

Verfahren für die Bewilligungserteilung oder Konzessionsvergabe im Rahmen eines Bauvorhabens

- ¹ Bedarf die Realisierung eines Bauvorhabens neben der Baubewilligung einer Bewilligung oder einer Konzession nach diesem Gesetz, so ist das entsprechende Gesuch mit den für die Beurteilung erforderlichen Unterlagen bei der Gemeindebehörde einzureichen.
- ² Die Gemeindebehörde legt das Gesuch mit den Unterlagen während 20 Tagen öffentlich auf und teilt die Auflage den betroffenen Grundeigentümern schriftlich mit. Auf die öffentliche Auflage kann verzichtet werden, wenn ein Vorhaben von untergeordneter Bedeutung ist und Interessen Dritter offensichtlich nicht berührt.
- ³ Wer vom Gesuch persönlich berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an seiner Ablehnung oder Änderung hat, kann bei der Gemeindebehörde während der Auflage Einsprache erheben.
- ⁴ Ist das Departement für die Erteilung der Konzession oder der Kanton für die Erteilung der Bewilligung zuständig, leitet die Gemeindebehörde das Gesuch samt Einsprachen an die vom Regierungsrat zu bezeichnende Stelle weiter.
- ⁵ Die Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde entscheidet über das Gesuch in Kenntnis der Einsprachen.
- ⁶ Die vom Regierungsrat zu bezeichnende Stelle koordiniert den Bewilligungs- oder Konzessionsentscheid und weitere erforderliche kantonale Stellungnahmen oder Entscheide und übermittelt diese der Gemeindebehörde.
- ⁷ Die Gemeindebehörde eröffnet dem Gesuchsteller und allfälligen Einsprechern die Bewilligung oder die Konzession zusammen mit dem Baubewilligungsentscheid und mit den weiteren erforderlichen Stellungnahmen und Entscheiden.

§ 35b (neu)

Verfahren für die Bewilligungserteilung oder Konzessionsvergabe im Rahmen eines Sondernutzungsplans

- ¹ Bedarf die Umsetzung eines Sondernutzungsplans einer Bewilligung oder einer Konzession nach diesem Gesetz, so ist vor der öffentlichen Auflage bei der zuständigen Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde eine Stellungnahme einzuholen.
- ² Die Gemeindebehörde legt den Sondernutzungsplan zusammen mit der Stellungnahme der Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde während 20 Tagen öffentlich auf. Wer vom Gesuch persönlich berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an seiner Ablehnung oder Änderung hat, kann bei der Gemeindebehörde während der öffentlichen Auflage Einsprache erheben.
- ³ Die Gemeindebehörde entscheidet nach Ablauf der öffentlichen Auflage über die Einsprachen.

§ 35c (neu)

Verfahren für die Konzessionsvergabe im Rahmen von Strassenprojekten

¹ Ist für die Realisierung eines Strassenprojekts eine Konzession erforderlich, gilt diese mit Eintritt der Rechtskraft des Projekts als erteilt.

§ 35d (neu)

Bewilligungs- oder Konzessionsadressat

¹ Die Bewilligung oder Konzession wird grundsätzlich auf die gesuchstellende Person ausgestellt.

² Für ortsfeste Bauten und Anlagen kann die Bewilligung oder die Konzession auf das Grundstück ausgestellt werden, dessen Nutzung sie dient.

§ 36 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert)

Pflichten des Bewilligungs- oder Konzessionsnehmers (Überschrift geändert)

¹ *Aufgehoben.*

² Der Bewilligungs- oder Konzessionsnehmer trägt die Kosten, die durch den Bau und Betrieb seiner Bauten oder Anlagen entstehen. Er hat insbesondere diese auf eigene Kosten zu unterhalten, bei Änderungen der Strasse oder des Weges den neuen Verhältnissen anzupassen, die Mehrkosten von Bau oder Unterhalt der Strasse oder des Weges zu tragen und die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

§ 37 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu)

¹ Bewilligungen können entschädigungslos entzogen werden, wenn wichtige öffentliche oder private Interessen es erfordern oder Vorschriften, Auflagen oder Bedingungen nicht eingehalten werden.

² Der Entzug von Konzessionen richtet sich nach dem Gesetz über die Enteignung (TG EntG)¹⁾.

§ 39 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 6 (geändert)

¹ Anstösser sind zur Duldung von Bäumen oder Sträuchern verpflichtet, die bis an den Strassen- oder Wegrand gepflanzt werden. Sie haben Anspruch auf angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen. Entsteht ein wesentlicher Nachteil, ist eine einmalige Entschädigung auszurichten. Bei der Auswahl der Sorten sind möglichst einheimische Pflanzen zu berücksichtigen.

² Anstösser haben das Anbringen von Signalen, verkehrstechnischen Anlagen und anderen Einrichtungen für den Verkehr sowie das Anbringen von Kennzeichnungen der Kantons- und Gemeindewege entlang und auf ihrem Grundstück zu dulden. Sie haben Anspruch auf angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen. Entsteht ein wesentlicher Nachteil, ist eine Entschädigung auszurichten.

¹⁾ RB 710

⁶ Anstösser haben bei Strassenbau- oder Unterhaltsarbeiten sowie bei Strassen- oder Wegunterbrechungen die vorübergehende Inanspruchnahme ihres Grundstückes zur Aufrechterhaltung des Verkehrs zu dulden. Sie haben Anspruch auf angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen. Entsteht ein wesentlicher Nachteil, ist eine Entschädigung auszurichten.

§ 40 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)

Anforderungen an Zufahrten, Zugänge und Einmündungen (Überschrift geändert)

¹ Zufahrten, Zugänge und Einmündungen zu öffentlichen Strassen, deren Erweiterung oder die Änderung der Nutzung bedürfen einer Bewilligung der Gemeindebehörde. Bei Kantonsstrassen ist vorgängig die Genehmigung des Kantons erforderlich.

² Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Verkehrssicherheit dauernd gewährleistet ist. Sie kann mit Auflagen und Bedingungen versehen werden.

³ Im Sichtzonenbereich von Ausfahrten oder Einmündungen dürfen Mauern, Einfriedungen, Böschungen sowie Pflanzungen einschliesslich landwirtschaftlicher Kulturen höchstens 80 cm ab Strassenhöhe erreichen.

⁴ Der Regierungsrat kann weitere technische Vorschriften erlassen.

§ 41 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

Einschränkungen bei Zufahrten, Zugängen und Einmündungen (Überschrift geändert)

¹ Ist die Übersicht bei Zufahrten, Zugängen und Einmündungen wegen Mauern, Einfriedungen, Bepflanzungen oder Ähnlichem auf einem Nachbargrundstück nicht ausreichend, hat die Gemeindebehörde durch angemessene Anordnungen die Übersicht herzustellen.

² Wird die bestehende Übersichtlichkeit nachträglich durch ein Vorhaben beeinträchtigt, gehen die Kosten zur Herstellung der Übersicht zu Lasten des Gesuchstellers.

³ Zufahrten, Zugänge und Einmündungen in öffentliche Strassen können nachträglich durch die Gemeindebehörde eingeschränkt oder geschlossen werden, sofern es die Sicherheit erfordert oder eine andere Erschliessung sicherer ist. Bei Kantonsstrassen ist vorgängig die Genehmigung des Kantons erforderlich.

§ 43 Abs. 1 (geändert)

¹ Lichtdurchlässige, Durchsicht gewährende Einfriedungen bis 1.5 m Höhe dürfen bis 30 cm an die Strassen- oder Weggrenze gestellt werden. Andere Einfriedungen, Mauern bis 1.5 m Höhe sowie Böschungen müssen einen Abstand von 60 cm zur Strassen- oder Weggrenze einhalten. Sie dürfen das Orts- oder Landschaftsbild nicht stören und müssen so beschaffen sein, dass die Verletzungsgefahr möglichst klein ist. Vorbehalten bleiben § 40 Abs. 4 und § 47a.

§ 44 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

Abstände für Bauten und Anlagen (Überschrift geändert)

¹ Der Abstand von Bauten und Anlagen gegenüber Kantonsstrassen oder -wegen beträgt 4 m von der Strassen- oder Weggrenze, gegenüber Gemeindestrassen oder -wegen 3 m.

² Der Abstand nach Abs. 1 kann für unterirdische Bauten mit Bewilligung der Gemeindebehörde bis auf 50 cm herabgesetzt werden. Bei Kantonsstrassen ist vorgängig die Genehmigung des Kantons erforderlich.

³ Vorbehalten bleiben durch Sondernutzungspläne nach dem PBG festgelegte Abstände.

§ 45

Aufgehoben.

§ 46 Abs. 2 (geändert)

² Sind Einfahrtsöffnungen bei Einstellräumen und Einfahrtstoren gegen eine Kantonsstrasse gerichtet, beträgt der Abstand zur Strassengrenze 7 m. Bei Gemeindestrassen beträgt der Abstand 5 m. Dienen solche Einfahrtsöffnungen landwirtschaftlichen Fahrzeugen, gilt ein Abstand von 8 m.

§ 47 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

Ausnahmen (Überschrift geändert)

¹ Wo keine öffentlichen Interessen entgegenstehen und die Sicherheit es zulässt, kann die Gemeindebehörde Ausnahmen von den Vorschriften gemäss § 42, § 43, § 44 Abs. 1 und Abs. 2 sowie § 46 Abs. 2 bewilligen.

² Bewilligungen von Ausnahmen im Bereich von Kantonsstrassen oder -wegen bedürfen der Genehmigung durch den Kanton.

§ 47a (neu)

Sicherheit

¹ Wo es die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer erfordert, namentlich bei Einmündungen, in Kurven und bei Kreuzungen, kann bei Kantonsstrassen oder -wegen der Kanton oder bei Gemeindestrassen oder -wegen die Gemeindebehörde ungeachtet der Bestimmungen in diesem Kapitel die notwendigen Anordnungen verfügen.

§ 48 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

¹ Wo Strassen oder Wege des Kantons und solche von Gemeinden aneinanderstossen oder sich überlagern, können Bau, Nutzung, Unterhalt und Finanzierung durch Vereinbarung geregelt werden.

² Einmündungen in öffentliche Strassen sind in der Regel mit einer gebundenen Deckschicht zu versehen.

³ Gemeinden haben zu dulden, dass Kantonswege über ihre Strassen und Wege führen, soweit keine bauliche Massnahmen im Sinne von § 12 erforderlich sind.

§ 49 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

¹ Die Kosten von Signalisationen, Wegweisern und Kennzeichnungen bezahlt das Gemeinwesen, dessen Strasse oder Weg die Signalisation dient.

² Vortrittssignale werden der übergeordneten Strasse zugerechnet.

³ Die Kosten von Betriebswegweisern gehen zu Lasten des entsprechenden Betriebes.

§ 50 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)

Kantons- und Gemeindewege (Überschrift geändert)

¹ Kanton und Gemeinden kennzeichnen ihre Wege angemessen.

² Kanton und Gemeinden ziehen für die Planung, Anlage, Erhaltung oder Kennzeichnung von Fuss- und Wanderwegen die Betroffenen sowie die privaten Organisationen und Bundesstellen bei. Sie können solche Organisationen mit Beiträgen unterstützen.

³ Das Departement oder die Gemeindebehörde können privaten Fachorganisationen einzelne Aufgaben wie Unterhalt oder Kennzeichnung übertragen.

⁴ Kanton und Gemeinden sorgen in ihrem Bereich für den Vollzug des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege.

§ 52 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu)

¹ Das Anbringen und Ändern von Strassenreklamen im Sinne von Art. 6 des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr (SVG)¹⁾ bedarf der Bewilligung der Gemeindebehörde.

² Das Verfahren richtet sich nach § 100 ff. PBG. Für Bewilligungen im Bereich von Kantonsstrassen ist vorgängig die Genehmigung des Kantons einzuholen.

³ Widerrechtlich errichtete Strassenreklamen im Strassenraum sowie solche, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, können von der Gemeindebehörde und vom Kanton ohne weiteres und entschädigungslos entfernt werden.

§ 53 Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben)

² *Aufgehoben.*

³ *Aufgehoben.*

¹⁾ SR 741.01

§ 54

Aufgehoben.

Titel nach § 54 (geändert)

9. Strafbestimmung

§ 55 Abs. 1

¹ Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich

4. *(geändert)* ohne Bewilligung Zufahrten zu Strassen oder Wegen erstellt oder ändert,
5. *(neu)* ohne Bewilligung bewilligungspflichtige Strassenreklamen anbringt.

§ 56

(Überschrift geändert)

§ 57

(Überschrift geändert)

Titel nach § 57 (neu)

10. Übergangsbestimmungen

§ 57d (neu)

Vollzug der Erhöhung des Gemeindeanteils am Ertrag der Verkehrssteuer

¹ Der durch die Änderung von § 15 Abs. 1 des Gesetzes über die Strassenverkehrsabgaben (SVAG)¹⁾ erhöhte Gemeindeanteil wird den Gemeinden nach den Vorschriften von § 16 SVAG erstmals für das Jahr 2024 ausgerichtet.

§ 57e (neu)

Bericht zur Finanzierung der Aufgaben des Kantons

¹ Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat bei Bedarf, spätestens aber 10 Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, einen Bericht über die Sicherstellung der Finanzierung der Aufgaben des Kantons nach diesem Gesetz mit allfälligen Anträgen zu Gesetzesänderungen vor.

¹⁾ RB 741.1

§ 57f (neu)

Hängige Verfahren

¹ Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Gesuche, Projekte und Planungen sind nach altem Recht zu beurteilen.

² Die Hängigkeit bestimmt sich bei Gesuchen nach dem Zeitpunkt der Einreichung, bei Projekten und Planungen nach dem Zeitpunkt, zu dem die zuständige Behörde die Planaufgabe publiziert.

§ 58

Aufgehoben.

Anhänge

Anhang Anhang: Netz der Kantonsstrassen (neu)

II.

Der Erlass RB 741.1 (Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben [SVAG] vom 16. August 2006) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 1

¹ Von der Steuer befreit sind:

1. (geändert) der Kanton, die Feuerwehren, der Zivilschutz und der Bund für ihre Dienstfahrzeuge

§ 15 Abs. 1 (geändert)

¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen 23 % an die Gemeinden, der Rest an den Kanton.

Titel nach § 17 (geändert)

4. Strafbestimmungen

§ 19

Aufgehoben.

§ 20

Aufgehoben.

§ 21

Aufgehoben.

III.

(keine Aufhebungen bisherigen Rechts)

IV.

Diese Änderung tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.

Anhang

Netz der Kantonsstrassen

Kantonsstrassen 1. Klasse

Strasse	Abschnitt	Länge (km)
H1	Islikon-Kreuzlingen-(Konstanz)	31.12
H1.1	Frauenfeld, Bahnhofstrasse	1.88
H1.2	Kreuzlingen, Brunnen-, Berg-, Bachstrasse	1.57
H13	Schaffhausen-Kreuzlingen-Rorschach	70.73
H13.1	Tägerwilen-Kreuzlingen	6.15
H13.3	Kreuzlingen, Bach- bis Paulistrasse	0.35
H13DS1	Diessenhofen Süd Verzweigung 1	0.24
H13DS2	Diessenhofen Süd Verzweigung 2	0.28
H13DS3	Diessenhofen Süd Verzweigung 3	0.32
H13DS4	Diessenhofen Süd Verzweigung 4	0.23
H14	Paradies-Frauenfeld-Eschikofen-N23-Amriswil-Romanshorn	32.70
H14.1	Märstetten, Weinfelderstrasse	1.16
H16	Grenze-Tägerwilen-Märstetten-Wil	24.03
H329.1	Diessenhofen Durchfahrt Städtli	0.59
H332.1	Hemishoferbrücke H13	1.50
H352	ZH-Etzwilen-Stein am Rhein	3.80
H353	Ellikon ZH-TG Uesslingen	0.44
H354	Bichelsee-Münchwilen-Tägerschen	13.86
H430.1	Rickenbach (Wil) TG-Kirchberg SG	0.19
H437	Wuppenau-Bürglen-Berg	13.30
H443	H16-Rickenbach-SG-H7	0.48
H444	Oberbüren-Bischofszell	1.35
H450	Winden-Neukirch-Egnach	5.03
H451	Arbon-Roggwil-Kantonsgrenze SG	5.84
H465	Frauenfeld-Hüttwilen	7.66
H466	Frauenfeld-Wängi-Mettlen	23.52
H466.1	Aadorf-Wittenwil-Matzingen-Alp	3.00
H467	Pfyn-Hörhausen-Steckborn	10.50
H468	Eschlikon-Sirnach-Münchwilen	2.98
H468.1	Fischingen-Sirnach-Wil (Bild)	8.53
H468x	Sirnach, Winterthurerstrasse	0.70
H469	Weinfeldten-Mauren	1.95
H470	Kreuzlingen-Sulgen-Hauptwil	23.72

Strasse	Abschnitt	Länge (km)
H471	Scherzingen-Oberach-SG	15.23
H471.1	Amriswil, St. Gallerstrasse	0.80
H472	Amriswil-Bischofszell	6.74
H472.1	Bischofszell, Sittertalstrasse	0.47
H473	Amriswil-Kesswil	5.41
H473.1	Dozwil-Uttwil	1.83
H474	Arbon, Amriswilerstrasse	1.20
H7	Aadorf-Münchwilen	12.93
K10	Frauenfeld, Thurstrasse	1.88
K103	Oberhofen-Engishofen	8.16
K104	Schönenbaumgarten-Kreuzlingen	5.41
K105	Sulgen-Langrickenbach	7.67
K106	Sulgen, Abzweigung-Götighofen	1.05
K107	Sulgen-Bischofszell	6.43
K108	Kradolf, Thurbruggstrasse	0.59
K11	Warth-H465-Uesslingerstrasse	0.71
K113.1	Münsterlingen, Spital	0.12
K114	Scherzingen-Altnau	3.25
K116	Riedt-Lenzenhaus	1.51
K117	Riedt-Oberaach	4.39
K126	Steig-Langentannen-St. Pelagiberg	3.98
K127	St. Pelagiberg-Roten	1.99
K129	Altnau, Bahnhofstrasse	1.18
K131	Amriswil, Rütistrasse-Güttingen	7.01
K132.2	Amriswil, Säntisstrasse Süd	0.54
K140.1	Romanshorn, Friedrichshafenstrasse	1.55
K146	Ebnet-Mallisdorf-Roggwil	2.38
K147	Roggwil-Morgental	2.14
K148	Landquart-Arbon	1.59
K149	Horn-Tübach	0.90
K15	Eschenz-Herdern	6.48
K16	Weckingen-Pfyn	5.02
K17	Herdern-Lanzenneunforn	4.75
K18	Frauenfeld-Aadorf	2.97
K19	Frauenfeld, Rheinstrasse	0.34
K21	Selmatten-Aadorf	3.58
K22	Elgg-Iltishausen	0.90
K27	Frauenfeld-Thundorf-Rothenhausen	17.58
K28	Aadorf-Eschlikon	4.62
K3	Trüllikon-Diessenhofen	6.13

Strasse	Abschnitt	Länge (km)
K30	Balterswil-Ifwil	1.35
K33	Pfyn, Poststrasse	0.92
K36	Matzingen-Lommis	5.06
K38	Balterswil-Dussnang	3.41
K40	Oberhamberg-Dussnang	4.94
K40.2	Kantonsgrenze ZH-Sitzberg	0.58
K43	Fischingen-Mühlrüti SG	1.39
K45	Au-Fischingen	1.92
K46	Kreuzstrasse-Wil, Hauptstrasse	0.40
K47	Kreuzstrasse-Wil	2.17
K48	Wilten-Wil	0.23
K49	Kantonsgrenze-Alewinde-Roopel-Au	5.12
K55	Bonau (Hasli)-Müllheim-Hörhausen	7.77
K56	Hörhausen-Raperswilen	5.25
K57	Wigoltingen (Hasli)-Helsighausen	5.37
K58	Müllheim-Märstetten	5.03
K6	Diessenhofen-Hüttwilen	6.96
K6.1	Basadingen-Schlattingen	1.15
K60	Raperswilen-Büren	0.36
K64	Glotten-Bild	1.37
K65	Rossrüti-Friltschen	6.66
K66	Märwil-Rothenhausen	3.76
K68	Wagerswil-Ermatingen	4.35
K7	Altikon-Niederneunforn	1.74
K71	Märstetten-Bottighofen	12.79
K75	Weinfelden, Frauenfelder-, Lager-, Bahnhofstrasse	1.41
K76	Zuzwil (Kantonsgrenze)-Wuppenau	0.77
K8	Dietingen-Stammheim	1.59
K80	Weinfelden-Mettlen	4.88
K81	Mettlen-Schönenberg an der Thur	7.85
K86	Bürglen-Opfershofen-Leimbach	0.99
K91	Tägerwilen-Gottlieben	0.42
Total		*569.04

Noch nicht realisierte Netzbestandteile 1. Klasse

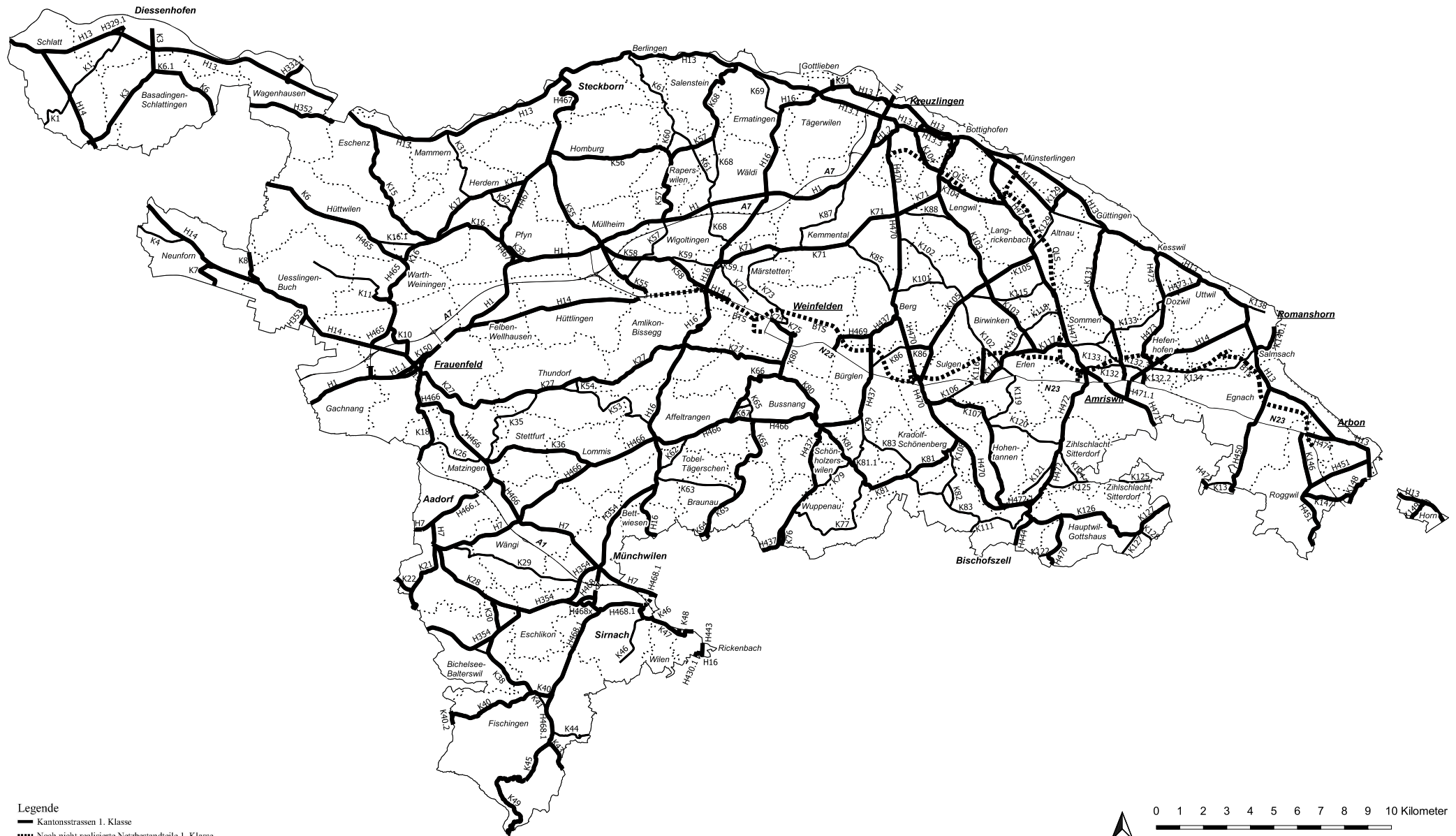
Strasse	Abschnitt
BTS	Bonau (ab Autobahnende)-Weinfeld- Amriswil- Arbon (bis Umfahung Arbon)
OLS	Bätershausen- Lengwil- Kreuzlingen- Langrickenbach- Münsterlingen- Amriswil
H468.1	Münchwilen- Sirnach (Dreibrunnenallee)

Kantonsstrassen 2. Klasse

Strasse	Abschnitt	Länge (km)
K1	Benken-Unterschlatt	6.00
K101	Berg-Birwinken	2.16
K102	Altishausen-Erlen	8.11
K106	Sulgen-Abzweigung Götighofen	1.48
K108	Kradolf-Schweizersholz	2.14
K11	Warth-Buch	3.60
K111	Niederhelfenschwil-Bischofszell	3.44
K113	Scherzingen- alte Landstrasse- See	0.04
K114	Scherzingen-Güttingen	2.43
K115	Mattwil-Haperswil-Waldhof	3.51
K118	Erlen-Kümmertshausen-Pulvershaus	3.16
K119	Heldswil-Buchackern-Erlen	2.80
K120	Heldswil-Zihlschlacht	3.30
K121	Bischofszell-Zihlschlacht	2.06
K122	Hauptwil-Oberbüren SG	0.42
K124	Zihlschlacht-Wilen	1.58
K125	Sitterdorf-Blidegg	3.26
K127	Waldkirch-Roten	1.03
K128	St. Pelagiberg-Trön-Bernhardzell	0.62
K129	Langrickenbach-Altnau	2.12
K132	Amriswil, Poststrasse-Schrofen	2.34
K132.3	Amriswil, Säntisstrasse Nord	0.32
K133	Oberach-Dozwil	4.99
K133.1	Niederaach-Amriswil	1.36
K134	Amriswil-Salmsach	5.17
K137	Winden-Ballen	1.21
K138	Romanshorn, Reckholderenstrasse	0.87
K150	Frauenfeld, Auffahrt zum Bahnhof	0.19
K16.1	Hüttwilen-Herdern	1.87

Strasse	Abschnitt	Länge (km)
K26	Häuslenen-Matzingen	2.70
K29	Aadorf-Münchwilen	6.07
K31	Lanzenneunforn-Mammern	3.61
K32	Lanzenneunforn-Dettighofen	1.41
K35	Matzingen-Thundorf	4.45
K39	Bichelsee-Espiriet	0.74
K4	Ossingen-Oberneunforn	2.22
K40.1	Dussnang	0.14
K41	Dussnang-Scheidweg	0.79
K44	Fischingen-Kirchberg SG	1.83
K46	Littenheid-Wil	2.47
K53	Thundorf-Affeltrangen	5.72
K54	Lustdorf-Moos	0.51
K57	Wigoltingen (Hasli)-Helsighausen	3.52
K59	Wigoltingen-Märstetten	1.97
K59.1	Märstetten, Dorfstrasse	0.33
K60	Raperswilen-Büren	0.88
K61	Hattenhausen-Berlingen	7.50
K62	Tobel-Chrüz	1.93
K63	Tobel-Braunau	3.77
K65	Rossrüti-Friltschen	1.22
K67	Märwil-Friltschen	0.69
K68	Wagerswil-Ermatingen	5.25
K69	Ermatingen-Wäldi	2.57
K72	Märstetten-Boltshausen	2.24
K73	Weinfelden-Hugelshofen	4.82
K74	Weinfelden, Frauenfelderstrasse	0.53
K77	Wuppenau-Hosenruck (Kreuzung)	5.89
K79	Hagenwil-Istighofen	4.45
K81.1	Schönholzerswilen, Spange	0.24
K82	Brugglersholz-Schweizersholz-Wald	1.08
K83	Ritzisbuhwil-Hackbeeren	7.24
K85	Dotnacht-Berg	3.18
K86	Bürglen-Opfershofen-Leimbach	1.86
K87	Hugelshofen-Schwaderloh	4.24
K88	Siegershausen-Illighausen	2.17
Total		*171.79

* Die Strassenlängen werden mit zwei Stellen hinter dem Komma dargestellt. Die Summe wird jedoch aus den ungerundeten Werten gebildet. Aus diesem Grund entspricht diese nicht genau der Summe der gerundeten Werte.



- Legende**
- Kantonstrassen 1. Klasse
 - Noch nicht realisierte Netzbestandteile 1. Klasse
 - Kantonstrassen 2. Klasse
 - - - Nationalstrassen

Synopse

Gesetz über Strassen und Wege (StrWG), Teilrevision

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (RB Nummern)

Neu: –

Geändert: **725.1** | 741.1

Aufgehoben: –

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
	Änderung des Gesetzes über Strassen und Wege (StrWG)
	I.
	Der Erlass RB 725.1 (Gesetz über Strassen und Wege [StrWG] vom 14. September 1992) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:
<p>§ 5 Netz der Kantonsstrassen und -wege</p> <p>¹ Der Kanton plant, baut und betreibt das Netz der Kantonsstrassen und -wege nach Massgabe dieses Gesetzes.</p> <p>² Das Netz der Kantonsstrassen und -wege umfasst</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Strassenverbindungen von kantonaler Bedeutung und jene Strassen, die für einen effizienten und bedarfsgerechten Anschluss der Politischen Gemeinden an diese Verbindungen erforderlich sind, und2. die Fuss-, Wander- und Radwegverbindungen von nationaler oder kantonaler Bedeutung. <p>³ Der Grosse Rat beschliesst das Netz der Kantonsstrassen und -wege sowie über dessen Erweiterung oder Verkleinerung.</p>	<p>² Das Netz der Kantonsstrassen <u>ist im Anhang festgelegt</u> und -wege-umfasst:</p> <ol style="list-style-type: none">1. <u>Als Klasse 1:</u> die Strassenverbindungen von kantonaler Bedeutung und jene Strassen, die für einen effizienten und bedarfsgerechten Anschluss der Politischen Gemeinden an diese Verbindungen erforderlich sind, und2. <u>Als Klasse 2: Strassenverbindungen, die Fuss-, Wander- und Radwegverbindungen von nationaler oder kantonaler Bedeutung keine Funktion nach Abs. 2 Ziff. 1 erfüllen</u> <p>³ Der Grosse Rat beschliesst das <u>Das</u> Netz der Kantonsstrassen Kantonswege umfasst die Fuss-, Wander- und -wege <u>sowie über dessen Erweiterung Radwegverbindungen von nationaler, kantonaler oder Verkleinerung überregionaler Bedeutung.</u></p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
<p>⁴ Beschlüsse des Grossen Rates über die Erweiterung des Netzes durch neu zu erstellende Kantonsstrassen unterliegen der fakultativen Volksabstimmung, soweit sie nicht nur Umfahrungen einzelner Ortschaften betreffen.</p>	<p>⁴ <i>Gelöscht.</i></p>
	<p>§ 5a Netzbeschlüsse des Kantons</p> <p>¹ Der Grosse Rat beschliesst über die Erweiterung oder Verkleinerung des Netzes der Kantonsstrassen unter Vorbehalt von Abs. 4 Ziff. 1.</p> <p>² Beschlüsse des Grossen Rates über die Erweiterung des Netzes durch neu zu erstellende Kantonsstrassen unterliegen der fakultativen Volksabstimmung, soweit sie nicht nur Umfahrungen einzelner Ortschaften betreffen.</p> <p>³ Der Regierungsrat beschliesst das Netz der Kantonswege sowie dessen Erweiterung oder Verkleinerung. Er bildet das Netz im kantonalen Richtplan ab.</p> <p>⁴ Das zuständige Departement ist ermächtigt,</p> <ol style="list-style-type: none">1. Kantonsstrassen der Klasse 2 durch Vereinbarungen mit den betroffenen Gemeinden abzutreten2. Rechtskräftige Änderungen am Netz der Kantonsstrassen im Anhang nachzutragen.
<p>§ 12 Begriff</p> <p>¹ Unter Bau sind zu verstehen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. der Neubau, der Ausbau, die Redimensionierung, die Staubfreimachung und die Korrektur bzw. die Änderung der Linienführung von Strassen oder Wegen sowie die Aufhebung von Strassen und Wegen nach § 11;2. bauliche Massnahmen zur Verkehrsberuhigung oder Verkehrslenkung;3. die von Gesetzes wegen an Strassen oder ersatzweise an Gebäuden erforderlichen Umweltschutzmassnahmen;	<ol style="list-style-type: none">1. der Neubau, der Ausbau, die Redimensionierung, die Staubfreimachung <u>wesentliche Änderung der Oberfläche</u> und die Korrektur bzw. die Änderung der Linienführung von Strassen oder Wegen sowie die Aufhebung von Strassen und Wegen nach § 11;

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
<p>4. die Erstellung und Modernisierung von Anlagen zum Betrieb, namentlich zur Beleuchtung oder Entwässerung von Strassen oder Wegen usw.;</p> <p>5. alle als Folge von Massnahmen nach Ziff. 1 bis Ziff. 4 notwendigen Anpassungen bei anstossenden Liegenschaften.</p>	
<p>§ 17 Kantonale Projektierungszonen</p> <p>¹ Zur vorsorglichen Freihaltung des Raumes für den Bau von Kantonsstrassen oder -wegen kann der Regierungsrat Projektierungszonen festlegen.</p> <p>² Projektierungszonen werden mit der Veröffentlichung im kantonalen Amtsblatt wirksam und enden mit der Rechtskraft des Projekts, spätestens aber fünf Jahre nach ihrer Bekanntgabe. Aus wichtigen Gründen kann diese Frist um höchstens zwei Jahre verlängert werden.</p> <p>³ Die Pläne sind durch die betreffenden Gemeinden während 20 Tagen öffentlich aufzulegen. Die Auflage ist den betroffenen Eigentümern schriftlich mitzuteilen. Während der Auflagefrist kann beim Departement Einsprache erhoben werden.</p> <p>⁴ Innerhalb der Projektierungszonen sind Veränderungen baulicher Art nur mit Bewilligung des Departementes gestattet; die Bewilligung wird erteilt, wenn der Strassen- oder Wegbau nicht erschwert, verteuert oder beeinträchtigt wird.</p>	<p>³ Die Pläne sind durch die betreffenden Gemeinden während 20_Tagen öffentlich aufzulegen. Die Auflage ist den betroffenen Eigentümern schriftlich mitzuteilen. Während der Auflagefrist kann beim Departement Einsprache erhoben werden.</p>
<p>§ 21 Verfahren</p> <p>¹ Die Gemeindebehörde legt die Projekte während 20 Tagen öffentlich auf. Sie teilt die Auflage den betroffenen Grundeigentümern schriftlich mit und macht bei Strassen und Wegen deren Lage während der Auflage im Gelände sichtbar.</p> <p>² Während der Auflage kann Einsprache erhoben werden. Die Einsprache richtet sich bei Kantonsstrassen und -wegen an das Departement, bei Gemeindestrassen und -wegen an die Gemeindebehörde.</p> <p>³ Bewirkt die Gutheissung von Einsprachen erhebliche Änderungen des aufgelegten Projekts, ist das Auflageverfahren zu wiederholen.</p>	<p>¹ Die Gemeindebehörde legt die Projekte während 20_Tagen öffentlich auf. Sie teilt die Auflage den betroffenen Grundeigentümern schriftlich mit und macht bei Strassen und Wegen deren Lage während der Auflage im Gelände sichtbar.</p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
<p>⁴ Auf die öffentliche Auflage kann verzichtet werden bei kleinen oder unbedeutenden Projekten für:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Beleuchtungsanlagen2. Rückhaltesysteme3. Entwässerungsanlagen4. bauliche Massnahmen zur Verkehrsberuhigung oder -lenkung	
<p>§ 26b Beiträge des Kantons</p> <p>¹ Ist der Kanton mit Infrastrukturprojekten an der Umsetzung von Agglomerationsprogrammen beteiligt, kann er im Rahmen des Budgets Beiträge bis 20 % an die Kosten von Massnahmen anderer am Agglomerationsprogramm beteiligten Körperschaften leisten, sofern damit die Wirksamkeit der kantonalen Massnahmen verbessert werden kann.</p> <p>² Der Kanton leistet Beiträge bis zu 50 % an die Kosten des baulichen Unterhalts der Kantonswege nach § 24 Absatz 3.</p>	<p>² Der Kanton leistet Beiträge bis zu 50 % an die Kosten des baulichen Unterhalts der Kantonswege nach §-24 Absatz <u>Abs. 3.</u></p>
<p>§ 27 Beiträge der Gemeinden</p> <p>¹ Die Gemeinden haben sich an den Kosten für den Bau von Kantonsstrassen und -wegen mit Beiträgen bis zu 50 Prozent zu beteiligen, soweit es sich um Ortsumfahrungen oder Strecken innerorts handelt. Das Departement legt die Höhe der Beiträge fest. Es berücksichtigt dabei:</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Bedeutung des Strassenabschnitts;2. die Beziehung des Baus zur Ortschaft;3. die Einwohnerzahl im Verhältnis zur Gemeindefläche;4. die Kosten des Baus pro Einwohner.	

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
<p>² Den Beitrag für Ortsumfahrungen haben grundsätzlich jene Gemeinden zu bezahlen, die umfahren werden. Sind mehrere Gemeinden beteiligt, entscheidet das Departement über die Aufteilung des Gesamtbeitrags.</p> <p>³ Bewilligt eine Gemeinde ihren Beitrag nicht, darf das beitragspflichtige Projekt nur realisiert werden, wenn ein erhebliches übergeordnetes Interesse besteht. Über diese Frage entscheidet der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrates. Hält der Grosse Rat am Bau fest, ist der Gemeindebeitrag zu leisten.</p> <p>⁴ Für Vorhaben von besonderer kantonaler Bedeutung kann der Grosse Rat mit dem Netzbeschluss nach § 5 Abs. 3 auf Gemeindebeiträge verzichten oder Gemeindebeiträge von höchstens 5 % festlegen.</p>	<p>⁴ Für Vorhaben von besonderer kantonaler Bedeutung kann der Grosse Rat mit dem Netzbeschluss nach § 55a Abs. 3 <u>1</u> auf Gemeindebeiträge verzichten oder Gemeindebeiträge von höchstens 5 % festlegen.</p>
<p>§ 29 Spezialfinanzierung</p> <p>¹ Der Kanton führt eine Spezialfinanzierung insbesondere für:</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Planung, den Bau und den Unterhalt von Kantonsstrassen und -wegen;2. die Planung, den Bau und den Unterhalt kantonalen Werkhöfe;3. den Landerwerb gemäss § 204. die Beiträge des Kantons an die Verbesserung von Objekten, die durch den Strassen- oder Wegbau beeinträchtigt worden sind;5. die Anlagen zur Verkehrsregelung sowie die Sicherungen von Niveauübergängen bei Kantonsstrassen und -wegen;6. die Beiträge des Kantons gemäss § 26a, § 26b und § 57b Abs. 27. die Deckung der Kosten für die Erfüllung der Verpflichtungen aus Verträgen oder Beteiligungen gemäss § 48a;8. die Beiträge an private Organisationen gemäss § 50 Abs. 29. die Kennzeichnung der Kantonswege	<p>6. die Beiträge des Kantons gemäss § 26a, § 26b und § 57b Abs. 2 <u>§ 26b</u>;</p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
<p>² In die Spezialfinanzierung fliessen insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none">1. der Nettoertrag der Verkehrsabgaben;2. die Beiträge und Abgeltungen des Bundes für die Planung, den Bau und den Unterhalt von Kantonsstrassen und -wegen;3. Beiträge aus dem Kantonsanteil an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe des Bundes;4. die Beiträge der Gemeinden gemäss § 27;5. die Beiträge Dritter gemäss § 28;6. die Einnahmen aus den Verträgen oder Beteiligungen gemäss § 48a. <p>³ Der Grosse Rat kann mit dem Budget allgemeine Mittel in die Spezialfinanzierung einlegen, wenn aufgrund unvorhergesehener Ereignisse oder für die Finanzierung von im Netz der Kantonsstrassen enthaltenen Grossprojekten die Einnahmen gemäss Abs. 2 den Aufwand mittelfristig nicht decken.</p>	
<p>§ 35a Verfahren für die Bewilligungserteilung oder Konzessionsvergabe im Rahmen eines Bauvorhabens</p> <p>¹ Bedarf die Realisierung eines Bauvorhabens neben der Baubewilligung einer Bewilligung oder einer Konzession nach diesem Gesetz, so ist das entsprechende Gesuch mit den für die Beurteilung erforderlichen Unterlagen bei der Gemeindebehörde einzureichen.</p> <p>² Die Gemeindebehörde legt das Gesuch mit den Unterlagen während 20 Tagen öffentlich auf und teilt die Auflage den betroffenen Grundeigentümern schriftlich mit. Auf die öffentliche Auflage kann verzichtet werden, wenn ein Vorhaben von untergeordneter Bedeutung ist und Interessen Dritter offensichtlich nicht berührt.</p> <p>³ Wer vom Gesuch persönlich berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an seiner Ablehnung oder Änderung hat, kann bei der Gemeindebehörde während der Auflage Einsprache erheben.</p>	<p>² Die Gemeindebehörde legt das Gesuch mit den Unterlagen während 20_Tagen öffentlich auf und teilt die Auflage den betroffenen Grundeigentümern schriftlich mit. Auf die öffentliche Auflage kann verzichtet werden, wenn ein Vorhaben von untergeordneter Bedeutung ist und Interessen Dritter offensichtlich nicht berührt.</p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
<p>⁴ Ist das Departement für die Erteilung der Konzession oder der Kanton für die Erteilung der Bewilligung zuständig, leitet die Gemeindebehörde das Gesuch samt Einsprachen an die vom Regierungsrat zu bezeichnende Stelle weiter.</p> <p>⁵ Die Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde entscheidet über das Gesuch in Kenntnis der Einsprachen.</p> <p>⁶ Die vom Regierungsrat zu bezeichnende Stelle koordiniert den Bewilligungs- oder Konzessionsentscheid und weitere erforderliche kantonale Stellungnahmen oder Entscheide und übermittelt diese der Gemeindebehörde.</p> <p>⁷ Die Gemeindebehörde eröffnet dem Gesuchsteller und allfälligen Einsprechern die Bewilligung oder die Konzession zusammen mit dem Baubewilligungsentscheid und mit den weiteren erforderlichen Stellungnahmen und Entscheiden.</p>	
<p>§ 35b Verfahren für die Bewilligungserteilung oder Konzessionsvergabe im Rahmen eines Sondernutzungsplans</p> <p>¹ Bedarf die Umsetzung eines Sondernutzungsplans einer Bewilligung oder einer Konzession nach diesem Gesetz, so ist vor der öffentlichen Auflage bei der zuständigen Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde eine Stellungnahme einzuholen.</p> <p>² Die Gemeindebehörde legt den Sondernutzungsplan zusammen mit der Stellungnahme der Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde während 20 Tagen öffentlich auf. Wer vom Gesuch persönlich berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an seiner Ablehnung oder Änderung hat, kann bei der Gemeindebehörde während der öffentlichen Auflage Einsprache erheben.</p> <p>³ Die Gemeindebehörde entscheidet nach Ablauf der öffentlichen Auflage über die Einsprachen.</p>	<p>² Die Gemeindebehörde legt den Sondernutzungsplan zusammen mit der Stellungnahme der Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde während 20_Tagen öffentlich auf. Wer vom Gesuch persönlich berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an seiner Ablehnung oder Änderung hat, kann bei der Gemeindebehörde während der öffentlichen Auflage Einsprache erheben.</p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
<p>§ 52 Strassenreklamen</p> <p>¹ Das Anbringen und Ändern von Strassenreklamen im Sinne von Art. 6 des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr (SVG)¹⁾ bedarf der Bewilligung der Gemeindebehörde.</p> <p>² Das Verfahren richtet sich nach § 100 ff. PBG. Für Bewilligungen im Bereich von Kantonsstrassen ist vorgängig die Genehmigung des Kantons einzuholen.</p> <p>³ Widerrechtlich errichtete Strassenreklamen im Strassenraum sowie solche, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, können von der Gemeindebehörde und vom Kanton ohne weiteres und entschädigungslos entfernt werden.</p>	<p>² Das Verfahren richtet sich nach § 100_ff. PBG. Für Bewilligungen im Bereich von Kantonsstrassen ist vorgängig die Genehmigung des Kantons einzuholen.</p>
<p>10. Schlussbestimmungen zum Netz der Kantonsstrassen</p>	<p>10. Schlussbestimmungen zum Netz der Kantonsstrassen <u>Übergangsbestimmungen</u></p>
<p>§ 57a Überführung von Strassen in Gemeindefnetze</p> <p>¹ Die in Anhang 1 aufgeführten Strassenabschnitte gehen per 1. Januar 2024 in das Netz und das Eigentum der ihnen in der Tabelle zugeordneten Gemeinden über.</p> <p>² In der im Anhang 1 abgebildeten Karte sind die aufgelisteten Strassenabschnitte planerisch dargestellt.</p> <p>³ Die in Anhang 1 den einzelnen Strassenabschnitten und Gemeinden zugeordneten Abgeltungsbeträge zahlt der Kanton den berechtigten Gemeinden in höchstens vier ausgeglichenen Jahrestanchen aus, wobei die ersten Zahlungen per 30. Juni 2024 fällig werden.</p> <p>⁴ Der Kanton und die betroffenen Gemeinden treffen in ihren Zuständigkeitsbereichen rechtzeitig die notwendigen Vorkehrungen für den Vollzug der Übertragung und unterstützen sich gegenseitig.</p> <p>⁵ Der Regierungsrat kann Weisungen für den Vollzug erlassen.</p>	<p>§ 57a <i>Gelöscht.</i></p>

¹⁾ SR [741.01](#)

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
<p>⁶ Die dem Kanton entstehenden Kosten werden der Spezialfinanzierung gemäss § 29 belastet.</p>	
<p>§ 57b Zweckbindung, Sonderbeiträge</p> <p>¹ Die den Gemeinden zufließenden Abgeltungsbeträge gemäss Anhang 1 sind zweckgebunden und dürfen ausschliesslich zur Deckung der Kosten für Bau-massnahmen im Sinne von § 12 oder für Massnahmen des baulichen Unterhalts gemäss § 23 Abs. 2 an den Strassenabschnitten, denen die Abgeltungsbeträge in der Tabelle zugeordnet sind, verwendet werden.</p> <p>² Entstehen ab Inkraftsetzung dieses Gesetzes bei der baulichen Sanierung der nach § 57a abgetretenen Strassenabschnitte ausserordentliche Kosten für den fachgerechten Umgang mit belasteten Materialien, die nach den abfallrechtlichen Bestimmungen des Bundes gesondert entsorgt werden müssen, leistet der Kan-ton der betroffenen Gemeinde Beiträge bis zur Höhe der Zusatzkosten.</p>	<p>§ 57b <i>Gelöscht.</i></p>
<p>§ 57c Netz der Kantonsstrassen</p> <p>¹ Die in Anhang 2 aufgeführten Strassen bilden das Netz der Kantonsstrassen gemäss § 5 Abs. 2 Ziff. 1.</p> <p>² In der in Anhang 2 abgebildeten Karte sind die aufgelisteten Strassen plane-risch dargestellt, wobei noch nicht realisierte Netzbestandteile gestrichelt sind.</p> <p>³ Das zuständige Departement ist berechtigt, rechtskräftige Beschlüsse über Veränderungen am Netz im Anhang 2 nachzutragen.</p>	<p>§ 57c <i>Gelöscht.</i></p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
11. Übergangsbestimmungen	11. Gelöscht.
<p>§ 57d Vollzug der Erhöhung des Gemeindeanteils am Ertrag der Verkehrssteuer</p> <p>¹ Die durch die Änderung von § 15 Abs. 1 des Gesetzes über die Strassenverkehrsabgaben (SVAG)¹⁾ veränderten Gemeindeanteile werden den Gemeinden nach den Vorschriften von § 16 SVAG erstmals für das Jahr 2024 ausgerichtet.</p>	<p>¹ Die<u>Der</u> durch die Änderung von § 15 Abs. 1 des Gesetzes über die Strassenverkehrsabgaben (SVAG)²⁾ veränderten Gemeindeanteile werden<u>erhöhte Gemeindeanteil wird</u> den Gemeinden nach den Vorschriften von § 16 SVAG erstmals für das Jahr 2024 ausgerichtet.</p>
<p>§ 57e Bericht zur Finanzierung der Aufgaben des Kantons</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat bei Bedarf, spätestens aber 10 Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Bericht über die Sicherstellung der Finanzierung der Aufgaben des Kantons nach diesem Gesetz mit allfälligen Anträgen zu Gesetzesänderungen vor.</p>	<p>¹ Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat bei Bedarf, spätestens aber 10-Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, einen Bericht über die Sicherstellung der Finanzierung der Aufgaben des Kantons nach diesem Gesetz mit allfälligen Anträgen zu Gesetzesänderungen vor.</p>
Anhänge	
<p>1 Strassenabschnitte, die in die Netze und das Eigentum der Gemeinden übergehen mit zugehörigen Abgeltungen des Kantons (§ 57a Abs. 1 und Abs. 3)</p>	<i>gelöscht</i>
	Anhang Netz der Kantonsstrassen (<i>neu</i>)
2 Netz der Kantonsstrassen	<i>gelöscht</i>

¹⁾ RB [741.1](#)

²⁾ RB [741.1](#)

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
	II.
	Der Erlass RB 741.1 (Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben [SVAG] vom 16. August 2006) (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:
<p>§ 15 Grundsatz</p> <p>¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen</p> <ol style="list-style-type: none">1. 19.8 % an alle Gemeinden,2. 5.2 % an die Gemeinden gemäss Tabelle im Anhang, und3. der Rest geht an den Kanton	<p>¹ Vom Bruttoertrag der Verkehrssteuern gehen nach Abzug der Bezugsaufwendungen <u>23 % an die Gemeinden, der Rest an den Kanton.</u></p> <ol style="list-style-type: none">1. <i>Gelöscht.</i>2. <i>Gelöscht.</i>3. <i>Gelöscht.</i>
<p>§ 16 Verteilung des Gemeindeanteils</p> <p>¹ Die Verteilung der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 1 an alle Gemeinden erfolgt durch den Kanton und berechnet sich auf der Basis der Einnahmen aus dem Vorjahr je hälftig nach der Einwohnerzahl als Sockelbeitrag und nach der Gemeindefläche als Beitrag an besondere Strassenlasten.</p> <p>^{1bis} Die Verteilung des Sockelbeitrages erfolgt proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres gemäss kantonaler Statistik.</p> <p>^{1ter} Die Beiträge an besondere Strassenlasten ermitteln sich nach der Gemeindefläche gemäss kantonaler Statistik.</p> <p>² Die Verteilung der Mittel gemäss § 15 Abs. 1 Ziff. 2 an die Gemeinden erfolgt durch den Kanton gemäss Verteilschlüssel im Anhang.</p> <p>³ ...</p>	<p>¹ Die Verteilung der Mittel <u>an die Gemeinden</u> erfolgt durch den Kanton und berechnet sich auf der Basis der Einnahmen aus dem Vorjahr je hälftig nach der Einwohnerzahl als Sockelbeitrag und nach der Gemeindefläche als Beitrag an besondere Strassenlasten.</p> <p>^{1bis} <i>Gelöscht.</i></p> <p>^{1ter} <i>Gelöscht.</i></p> <p>² Die Verteilung des Sockelbeitrages erfolgt <u>proportional zur Einwohnerzahl des dem Beitragsjahr vorangehenden Jahres gemäss kantonaler Statistik.</u></p> <p>³ <u>Die Beiträge an besondere Strassenlasten ermitteln sich nach der Gemeindefläche gemäss kantonaler Statistik.</u></p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (20/GE 15/263)
Anhänge	
Anhang Tabelle im Anhang	<i>gelöscht</i>
	III.
	<i>(keine Aufhebungen bisherigen Rechts)</i>
	IV.
	Diese Änderung tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.